



Nr. 13

09. April 2015

Inhalt

[dbb bundesfrauenvertretung: Mehr Aufmerksamkeit für Thema Gender-Gesundheit nötig](#) +++

[Dritte Verhandlungsrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: dbb Verhandlungsführer: Eingruppierung soll der geleisteten Arbeit Rechnung tragen](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Sachsen-Anhalt: Tarifergebnis wird inhaltsgleich auf die Beamten übertragen](#) +++

[Schuldenbremse allein reicht nicht zum Altschuldenabbau](#) +++

[DSTG begrüßt Urteil - Lebenslange Freiheitsstrafe für](#)

[Mord an Finanzbeamten](#) +++

[DPoIG-Bundeskongress stellt zunehmende Gewalt in den Mittelpunkt](#) +++

[Wald als „Natursanatorium“](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb bundesfrauenvertretung: Mehr Aufmerksamkeit für Thema Gender-Gesundheit nötig

(dbb) Mehr Aufmerksamkeit für das Thema Gender-Gesundheit fordert die dbb bundesfrauenvertretung. Sie hat deshalb auch auf den Forschungspreis Gender-Gesundheit 2015 hingewiesen, der vom Bundeskongress Gender-Gesundheit gemeinsam mit dem Institut für Gesundheits- und Versorgungsforschung der praxisHochschule in Köln (igv Köln) zum ersten Mal ausgelobt worden ist. Der Preis ist mit 2.000€ Euro dotiert. Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sagte am 9. April 2015: „Gender Gesundheit ist ein wichtiger Bereich der Medizin, der noch nicht die Aufmerksamkeit erhält, die nötig ist.“

Die Erkenntnis, dass Frauen und Männer gegebenenfalls eine unterschiedliche, an ihre Erkrankung angepasste medizinische Versorgung brauchen, setzte sich erst langsam durch. „Die dbb bundesfrauenvertretung ist deshalb

auch dieses Jahr als Partnerin auf dem 3. Bundeskongress Gender-Gesundheit 2015 dabei, der am 21. und 22. Mai 2015 in Berlin stattfindet“, so Wildfeuer.
(01/13/15)

Dritte Verhandlungsrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: dbb Verhandlungsführer: Eingruppierung soll der geleisteten Arbeit Rechnung tragen

(dbb) Die Eingruppierung der Berufsprofile „Erzieher“ und „Kinderpfleger“ steht am 9. April 2015 in Düsseldorf im Zentrum der dritten Verhandlungsrunde mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst.

„Die neuen gesetzlichen Betreuungs- und Förderansprüche für die Unter-Dreijährigen, um nur ein Beispiel zu nennen, haben die berufliche Belastungssituation insbesondere bei Erzieherinnen und Erziehern sowie Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern weiter verschärft. Diese gestiegenen Anforderungen müssen sich in einer Grundeingruppierung wiederfinden, die dem Wert der geleisteten Arbeit Rechnung trägt“, sagte dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing vor Verhandlungsbeginn.

„Wer mit Menschen arbeitet, und dazu noch mit sehr jungen, trägt besondere Verantwortung und genießt hohe gesellschaftliche Anerkennung. Dessen ungeachtet ist die Bezahlung für diese anspruchsvolle Arbeit vergleichsweise gering. Es ist an der Zeit, diesen Widerspruch aus der Welt zu schaffen“, so Hemsing weiter.

Im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde hatten die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst erneut für ihre Ziele geworben: Am 1. und 2. April 2015 hatten sie vor Kitas in mehreren Städten Schokoladen-Ostereier und kleine Broschüren verteilt, um Eltern und Bür-

ger über ihre Forderungen nach Einordnung in höhere Entgeltgruppen und der damit verknüpften größeren Wertschätzung ihrer Arbeitsleistungen zu informieren sowie Verständnis für mögliche, weitere Protestaktionen zu gewinnen.

Die vierte Verhandlungsrunde wird am 16. April in Hannover stattfinden. Dann steht die Eingruppierung der „Fachkräfte Arbeits- und Berufsförderung“ auf der Agenda. Am 20. und 21. April geht es dann in Frankfurt am Main um die Sozialarbeiter und -pädagogen sowie sogenannte Spezialmerkmale.

Hintergrund:

Sozial- und Erziehungsdienst: Echte Wertschätzung. Jetzt!
Beraten, erziehen, betreuen, pflegen, fördern, helfen – und noch viel mehr! Die Aufgaben im Sozial- und Erziehungsdienst sind vielfältig, aber eins haben sie alle gemeinsam: Der Mensch steht stets im Mittelpunkt. Jeden Tag vollbringen die Beschäftigten dort Höchstleistungen, damit unsere Gesellschaft auch eine

Gemeinschaft bleibt. Das verdient echte Wertschätzung. Jetzt!

Mehr Informationen unter: www.dbb.de/sozial-und-erziehungsdienst
(02/13/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen-Anhalt: Tarifergebnis wird inhaltsgleich auf die Beamten übertragen

(dbb) Das Tarifergebnis für die Angestellten der Länder vom 28. März 2015 wird in Sachsen-Anhalt inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen. Damit wird ein Hauptziel des dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt erreicht, wie dbb Chef Wolfgang Ladebeck am 7. April 2015 nach einem Gespräch mit Finanzminister Jens Bullerjahn mitteilte.

„Die Bezüge der Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt werden sich in zwei Jahren um insgesamt 4,4 Prozent erhöhen. Das ist ein Erfolg, den wir nicht kleinreden sollten. Einziger Wermutstropfen ist die zeitliche Verzögerung der Besoldungserhöhung um drei Monate zum 1. Juni 2015 und zum 1. Juni 2016, die der Finanzminister mit den besonderen Belastungen der Tarifbeschäftigten durch die Erhöhung des Arbeitnehmerbetrages zur Kapitaldeckung in der VBL-Ost begründet. Im Ergebnis werden die Beamten und Versorgungsempfän-

ger aber nicht abgehängt, das war uns wichtig“, sagte Wolfgang Ladebeck.

Wie Finanzminister Jens Bullerjahn informierte, sollen ab 1. Juni 2015 die Grundgehaltssätze und sonstigen Besoldungsbestandteile um linear 2,1 Prozent und ab 1. Juni 2016 um weitere 2,3 Prozent, mindestens aber 75 Euro erhöht werden. Die Anwärterbezüge sollen ab 1. Juni 2015 um einen Festbetrag in Höhe von 30 Euro und ab 1. Juni 2016 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 30 Euro steigen.
(03/13/15)

Schuldenbremse allein reicht nicht zum Altschuldenabbau

(dbb) Das Instrument der Schuldenbremse allein reiche nicht aus, um der Staatsverschuldung Herr zu werden. Darauf hat der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, hingewiesen und erneut einen sogenannten Altschuldenfonds gefordert.

„Denn ohne einen langfristigen Abbau der Altschulden Mecklenburg-Vorpommerns und die Zinsschulden kann die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse - als einziges Instrument der Haushaltskonsolidierung - nicht zielführend sein“, so Knecht am 8. April 2015. Das Kabinett hatte am Vortag Details zur Landdenschuldenbremse beschlossen, die ab 2020 gilt.

„Ein konsequenter Schuldenabbau über Sondermaßnahmen ist der einzige Weg aus der Verschuldungsfalle von Bund und allen Ländern“, erklärte Knecht. Dabei müsse der Bund vorrangig die Kommunen bei sozialen Leistungen entlasten und alle nominalen Haushaltszuwächse für die Schuldentilgung reservieren. So könnten auch die Erträge einzelner Steuern

– des 2019 auslaufenden Solidaritätszuschlages und der Erbschaftsteuer – in den Abbau der Staatsschulden fließen. Der dbb und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fühlten sich mitverantwortlich, dass die Gemeinwohlverpflichtung und die Daseinsvorsorge auch weiterhin gut funktionieren. „Nur über die Lösung der Altschuldenproblematik wird M-V für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv bleiben. Auch wenn die Einwohnerzahl schrumpft, die Altschuldenhöhe bleibt bestehen. Man kann nicht alles unter das Diktat von allgemeiner Ausgabenreduzierung stellen. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Schuldenbremse nur durch das Personal des öffentlichen Dienstes allein geschultert wird, sie ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, so Knecht.
(04/13/15)

DSTG begrüßt Urteil - Lebenslange Freiheitsstrafe für Mord an Finanzbeamten

(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) hat das Urteil des Landgerichts Kiel vom 7. April 2015 begrüßt. Das Gericht hatte den Steuerberater Olaf L. wegen Mordes an einem Finanzamt-Sachgebietsleiter Anfang September 2014 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Schwurgerichtskammer zeigte sich überzeugt, dass der Täter „wohl überlegt, gezielt und konsequent“ den Finanzbeamten mit drei Pistolenschüssen niedergestreckt habe. Der Angeklagte habe die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers bewusst ausgenutzt. Gründe für eine eingeschränkte Schuldfähigkeit sah das Gericht nicht.

Der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler stellte sich hinter das Urteil. Jede Milde wäre in diesem Fall unangebracht gewesen, so der DSTG-Chef. Das Opfer, in Ausübung seines Dienstes für Staat und Gesellschaft, sei hinterhältig umgebracht worden. Es sei daher völlig richtig, dass der Staat ein solches Verhalten mit der Höchststrafe des deutschen Strafrechtes ahnde. Ein klares Urteil sei auch wichtig für die Angehörigen und für die Finanzamtsbeschäftigten, die die schreckliche Tat mit durchleben mussten.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hoffe darüber hinaus, dass das Urteil auch zu einem allgemeinen Umdenkungsprozess beitragen werde. Gerade gegenüber Mitarbeitern von Finanzbehörden komme es immer wieder zu Drohungen, Bedrohungen und auch zu Beleidigungen. Dies seien möglicherweise Vorstufen zu körperlicher Gewalt. Dies könne nicht hingenommen werden. „Wir handeln schließlich nicht zum Privatvergnügen, sondern wir führen einen Dienst mit gewissenhaft und rechtstreu aus“, so Eigenthaler. (05/13/15)

DPOIG-Bundeskongress stellt zunehmende Gewalt in den Mittelpunkt

(dbb) Drohender Terror von rechts und Fremdenfeindlichkeit, Zunahme von Gewalt und Kriminalität und die Polizei am Rande ihrer Handlungsfähigkeit - das werden bestimmende Themen beim Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) sein, der vom 19. bis 21. April 2015 in Berlin stattfindet. Alle vier Jahre treffen sich rund 300 Delegierte aus allen Bundesländern, um über aktuelle gewerkschaftspolitische Fragen im Bereich der Inneren Sicherheit zu diskutieren. Außerdem wird auf dem Kongress ein neuer Bundesvorstand der DPOIG gewählt.

„Der Schutz von Menschen, die aus vielen Ländern der Welt vor Terror und Gewalt fliehen, ist eine polizeiliche Kernaufgabe. Aber die Polizei ist an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit geführt worden. Obwohl sich der Druck weiter erhöht, findet die gigantische Personalverschwendung kein Ende und auch die unverantwortliche Sparpolitik hört nicht auf, so fährt man die Sicherheit in unserem Land vor die Wand und gefährdet Deutschlands Ansehen in der Welt“, kommentiert Rainer Wendt, seit

2007 Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), die Situation.

Zum Kongress werden der Bundesinnenminister sowie mehrere seiner Länderkollegen, außerdem etliche Abgeordnete aus dem Bundestag und den Länderparlamenten, Behördenleiter und Polizeiführer erwartet. DPOIG-Chef Rainer Wendt wird für eine neue Amtszeit kandidieren. (06/13/15)

Wald als „Natursanatorium“

(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April die Aufmerksamkeit auf den Wald als „Natursanatorium“ gelenkt. Der Wald könne wirkungsvoll zur Genesung beitragen, so der BDF am 3. April 2015.

„Wälder bieten Raum für Bewegung, ein ausgeglichenes Klima, reizarme Luft, wohltuende

Farben und mit ihren Pflanzen eine ganze Apotheke“, sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender

des BDF. „Wir Forstleute sorgen mit unserer täglichen Arbeit nicht nur für einen dauerhaften Walderhalt, sondern führen die Menschen auch mit speziellen Angeboten an diese Materie heran. Ganz ohne Risiken und Nebenwirkungen gibt ein Waldspaziergang Ruhe, Kraft

und Ausgeglichenheit - fragen Sie Ihren Förster oder Ihre Försterin“, riet Jacobs.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte den Weltgesundheitstag am 7. April 1948 eingeführt, um an ihre Gründung zu erinnern. (07/13/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Auch am 2. und 4. April 2015 ist es bei der Deutschen Post zu Warnstreiks gekommen. Erneut beteiligten sich zahlreiche Zusteller an den Arbeitskampfmaßnahmen, zu denen die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) aufgerufen hatte. Gestreikt wurde unter anderem im Bereich der PeP-Niederlassungen Herford, Dortmund, Ham-

burg-Zentrum und Kiel. Dabei bekräftigten die Streikenden die Forderung der DPVKOM nach Abschluss eines Bemessungstarifvertrages und der Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich. (08/13/15)

Termine zum Vormerken:

Hearing zum Tarifeinheitsgesetz

„Freie Gewerkschaften oder staatlicher Einheitszwang?“
Berlin, 16. April 2015

3. Forum Behindertenpolitik

„Teilhabe in der Kommune – Nichts liegt näher?“
Berlin, 28. - 29. April 2015

11. dbb bundesfrauenkongress

„Erfolgsfaktor Zukunft: Frauen und Männer – gemeinsam stark!“
Potsdam, 8. - 9. Mai 2015